



Antrag

der Abgeordneten **Doris Rauscher, Nicole Bäumler, Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Arif Tasdelen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Stärkung der Demokratiebildung in Bayern – Für eine zukunftsfähige und inklusive Demokratie

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

- Die Demokratie steht vor großen Herausforderungen. Laut der Studie der Körber-Stiftung „Demokratie in der Krise“ (2024) haben nur noch 46 Prozent der Bürgerinnen und Bürger großes oder sehr großes Vertrauen in die Demokratie, während 51 Prozent wenig oder geringes Vertrauen haben. Gleichzeitig nehmen Populismus, Extremismus und demokratiefeindliche Tendenzen zu.
- Bayern benötigt eine umfassende, evidenzbasierte Stärkung der Demokratiebildung, die strukturell verankert, angemessen finanziert und zielgruppengerecht ausgestaltet ist. Nur so können wir die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie nachhaltig stärken.

Vor diesem Hintergrund wird die Staatsregierung aufgefordert:

1. Strukturelle und finanzielle Maßnahmen
 - Eine dauerhafte, verlässliche Finanzierung für Träger der Demokratiebildung durch mehrjährige Förderprogramme anstelle projektbezogener Einzelförderung sicherzustellen.
 - Sondermittel für digitale Demokratiebildungsprojekte bereitzustellen.
 - Partizipationsrechte für Kinder und Jugendliche auf allen politischen Ebenen gesetzlich zu verankern und auszuweiten – insbesondere (und in einem ersten Schritt) in der Bayerischen Gemeindeordnung, der unmittelbaren Lebenswirklichkeit junger Menschen.
2. Digitale Demokratiebildung
 - Ein landesweites Programm zur Stärkung der Medienkompetenz für alle Altersgruppen aufzulegen und Präventionsprojekte gegen Desinformation und Hate Speech auszubauen sowie auskömmlich zu finanzieren.
 - Digitale Begegnungsformate zwischen Politik und Bürgerinnen und Bürgern zu institutionalisieren und barrierefreie Demokratiebildungsangebote auszubauen.
3. Zielgruppenspezifische Maßnahmen
 - Interkulturelle Demokratiebildung in der postmigrantischen Gesellschaft zu stärken und hierfür gezielte (mehrsprachige) Formate zu fördern.
 - Präventionsprogramme gegen Extremismus auszubauen und aufsuchende Arbeit zur Bekämpfung von Einsamkeit als Radikalisierungsfaktor zu fördern.

4. Koordination und Vernetzung

- Ein vollständiges Mapping aller Demokratiebildungsangebote in Bayern zu erstellen und eine Landeskoordinierungsstelle einzurichten (oder bereits bestehende Institutionen wie bspw. die Bayerische Landeszentrale für politische Bildung mit dieser Aufgabe zu betrauen).
- Qualitätsstandards für Demokratiebildung zu entwickeln.

5. Innovation und Weiterentwicklung

- Pilotprojekte für innovative Demokratiebildungsformate zu fördern und die partizipative Entwicklung neuer Bildungskonzepte zu unterstützen.
- Ein Forschungsprogramm zur Wirksamkeit verschiedener Demokratiebildungsansätze aufzulegen und bestehende Programme wissenschaftlich zu evaluieren.

Begründung:

Unsere Demokratie befindet sich in einer kritischen Phase. Nur noch die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger vertraut Studien zufolge den demokratischen Institutionen. Gleichzeitig erstarken populistische und extremistische Bewegungen, während digitale Desinformation den gesellschaftlichen Zusammenhalt untergräbt. Diese Entwicklung gefährdet das Fundament unseres Zusammenlebens.

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit – dies wurde in der gemeinsamen Anhörung zur „Demokratiebildung in Bayern“, die am 15. Mai 2025 im Landtag stattfand, von allen Expertinnen und Experten einhellig betont. Demokratie muss von jeder Generation neu erlernt, erlebt und verteidigt werden. Doch die bisherigen Ansätze der Demokratiebildung reichen nicht mehr aus. Projektbasierte Förderung schafft keine nachhaltigen Strukturen und viele Zielgruppen werden nicht erreicht. Besonders junge Menschen wenden sich zunehmend von der Politik ab, während alle Generationen anfällig für Radikalisierung werden.

Es braucht daher einen umfassenden Lösungsansatz. Durch verlässliche Finanzierung entstehen stabile Strukturen für Demokratiebildung. Digitale Formate erreichen Menschen dort, wo sie sich informieren und austauschen. Partizipationsrechte für Jugendliche schaffen echte Mitbestimmung statt symbolischer Beteiligung. Interkulturelle Ansätze berücksichtigen die Realität unserer Einwanderungsgesellschaft. Diese Maßnahmen wirken nicht isoliert, sondern verstärken sich gegenseitig zu einer kohärenten Strategie.

Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen ist rasches Handeln geboten. Versäumte Chancen lassen sich später nur schwer nachholen. Eine umfassende Demokratiebildung sichert die Grundlagen für eine stabile demokratische Entwicklung auch in den kommenden Jahrzehnten.